

R3: Venezuela: Für die Freiheit der Andersdenkenden

Gegenresolution der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung vom 30. September 2017

Die hoch angespannte Situation in Venezuela muss aus Sicht der dort ansässigen Zivilbevölkerung betrachtet werden. Eine unkritisch-neoliberale Analyse insbesondere seitens der hiesigen Medien nützt den Menschen vor Ort gar nichts. Die JUSO Schweiz steht solidarisch hinter der venezolanischen Bevölkerung, hinter den Venezolaner*innen, die flüchten mussten; aber lehnt jeglichen Respekt für autoritär-militärische Machenschaften einer kleinen Führungselite ab und verurteilt die gegenseitige Gewaltanwendung.

Nach der demokratisch-legitimierten Machtergreifung Chavez' im Jahr 1998 konnte die alltägliche Situation vieler Venezolaner*innen massiv verbessert werden. Weniger Armut, eine höhere Alphabetisierung der Bevölkerung, ein besseres Gesundheitswesen. Die Bolivarische Revolution führte zu einer Machtverschiebung weg von einer kleinen Elite hin zur grossen Mehrheit der Bevölkerung und war nach Jahrzehnten des Feudalismus in Venezuela enorm wichtig.

Im Nachhinein wird jedoch auch klar, dass diese sozialen Reformen nur möglich gemacht werden konnten durch eine kurzfristig angelegte Wirtschaftspolitik, welche sich beinahe ausschliesslich auf Ölverkäufe ins Ausland abstützte. "Über 95 Prozent der Devisen des Landes stammen seither [seit 2001] aus Ölverkäufen, über 80 Prozent der Lebensmittel müssen importiert werden", schrieb die Wochenzeitung (WOZ) im vergangenen Jahr. Zuvor war es im Jahr 2003 zu Sabotageakten in der Ölindustrie gekommen, worauf die Regierung 18'000 Arbeiter*innen, also wohl nicht nur die Drahtzieher*innen der Aktion, entlassen hat. Diese Massenentlassung führte zu einem Know-How-Verlust und zu einer langfristigen Senkung der Ölfördermenge von total 3,5 Millionen auf 2,3 Millionen Fässer pro Tag. Für die JUSO Schweiz ist klar, dass eine sozialistische Wirtschaftspolitik anders aussehen muss.

Personenkult ist Propaganda

Oft wird behauptet, dass Chavez im Vergleich zu Maduro mehr Charisma hatte und näher bei den Leuten war. Mit seiner Basisnähe habe er die Bevölkerung einen und die Revolution voranbringen können. Diese Analyse ist eine Reproduktion einer staatlich-venezolanischen Propagandamaschinerie. Allmächtige Führerpersonen sollte es im Sozialismus schlicht nicht geben. Es mag vielleicht sein, dass Chavez ein besserer Politiker als Maduro war, doch der Hauptgrund, weshalb Maduro schlechter ankommt als sein Vorgänger Chavez ist, weil Venezuela aufgrund des eingebrochenen Ölpreises in den Jahren 2014 und 2015 in einer katastrophalen Wirtschaftskrise steckt. Chavez starb ein Jahr zuvor, 2013. Und diese katastrophale Wirtschaftslage ist das Erbe Chavez'.

Ohne Pluralismus kein Sozialismus

Die venezolanische Opposition gegen die herrschende Regierung entspricht nicht den politischen Grundsätzen der JUSO Schweiz. Die venezolanische Opposition ist klar autoritär aufgebaut, gehört zur neoliberalen Rechten und Teile der Opposition setzen auch auf gewaltsame

Massnahmen. Für uns ist dennoch klar, dass im Grundsatz gewaltvermeidende Opposition immer legitim ist. Denn für die JUSO gilt: ohne Pluralismus kann es keinen Sozialismus geben. Rosa Luxemburg schrieb in "Zur Russischen Revolution" folgendes:

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“

Für ein Venezuela der Menschen!

Klar ist, dass ausländische Regierungen in Venezuela Einfluss nehmen und gegen die aktuelle Regierung Stimmung machen. Ein Scheitern der venezolanischen Regierung und eine Machtübernahme der heutigen Opposition würde den Menschen vor Ort nichts bringen. Die immer autoritäreren Tendenzen Maduros bringen den Menschen aber ebenfalls immer mehr Gewalt und Leid. Die JUSO steht ein für ein Venezuela, das allen Menschen und Meinungen Platz bietet. Ein Venezuela, in welchem demokratische Strukturen an der Tagesordnung sind – im Staat, in den Betrieben, in den Schulen, schlicht überall. Die Regierung Maduro scheint diese Vision nicht mehr zu teilen. Auch gerade weil es ihr schlicht schwerfällt, die Mehrheit der Menschen noch zu überzeugen. Als Massnahme gegen diesen Unterstützungsverlust jedoch auf Autoritarismus zu setzen, kann nie in unserem Sinn sein. Eine Regierung, welche ihre Panzer in Menschen fahren lässt, ist nicht Teil unserer Bewegung.

Inmitten dieser Krise hat Maduro eine verfassungsgebende Versammlung einberufen. Diese Versammlung löste daraufhin das demokratisch legitimierte Parlament auf und setzte unter anderem die oberste Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Diaz ab. Die grundsätzliche Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung in Venezuela beurteilt die JUSO positiv, doch hätte eine Wahl dieser Versammlung demokratisch von der Bevölkerung legitimiert werden müssen. Die JUSO fordert daher, diese Wahl demokratisch durchzuführen und die neue Verfassung wiederum einer Volksabstimmung zu unterstellen.

Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, [...]. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, [...].“

Rosa Luxemburg in "Zur Russischen Revolution"